



# AARGAU

AARGAUER TAGBLATT AARGAU, WYNENTAL-SUHRENTAL, LENZBURG-SEETAL

überraschend vielseitig!  
seit 1947  
bossert  
maler · gipsler · gerüste  
5504 othmarsingen  
telefon 062 896 11 73\*  
bossertag.ch

## 65 Ausschaffungs-Verfahren im Aargau

**Ausschaffungsinitiative** Für die Justiz bringt die Umsetzung zusätzlichen Aufwand - jedoch weniger als befürchtet

VON NOEMI LEA LANDOLT

Die Ausschaffungsinitiative wird seit dem 1. Oktober 2016 umgesetzt. Seither gilt der neue Artikel 66a im Strafgesetzbuch. Er verlangt, dass Ausländer, die wegen eines der aufgelisteten Delikte verurteilt werden, aus der Schweiz verwiesen werden. Zu den strafbaren Handlungen gehören zum Beispiel Mord, Raub oder Betrug. Weiter haben die Gerichte die Möglichkeit, eine Landesverweisung auszusprechen, wenn ein Ausländer wegen eines Verbrechens, das nicht von Artikel 66a erfasst wird, verurteilt wird.

Die Schweizerische Staatsanwälte-Konferenz hat im Mai dieses Jahres ein erstes Fazit zur Ausschaffungsinitiative gezogen. In einer Mitteilung schrieb sie, die neue Gesetzgebung führe zu höheren Kosten für die amtliche Verteidigung, verlängere Verfahren von teilweise geringfügiger Bedeutung und erschwere die Durchführung vereinfachter Verfahren.

### Gerichte haben mehr Aufwand

Die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative wirkt sich auch auf die Aargauer Gerichte aus. «Die Anzahl Fälle hat zugenommen», sagt Nicole Payllier, Mediensprecherin der Aargauer Gerichte. Die Verfahren, die früher durch die Staatsanwaltschaft mit Strafbefehl erledigt werden konnten, müssten nun durch die Gerichte beurteilt werden, wenn eine Landesverweisung beantragt wird. «Die Staatsanwaltschaft muss in diesen Fällen Anklage erheben», sagt Payllier. Ausserdem habe sich der Aufwand der Gerichte erhöht, «weil neu über einen zusätzlichen Punkt - die Landesverweisung - zu entscheiden ist». Der Grosse Rat hatte im Hinblick auf diese neuen Aufgaben zwei zusätzliche

# 29

**Verfahren**, bei denen sich die Frage der Landesverweisung stellt, sind an den Aargauer Bezirksgerichten noch hängig.

# 18

**Ausländer** wurden von den Aargauer Bezirksgerichten für fünf bis zehn Jahre aus der Schweiz verwiesen. 16 Personen für zehn bis fünfzehn Jahre und zwei Personen für weniger als fünf Jahre.



Seit die Ausschaffungsinitiative in Kraft ist - hier begleiten zwei Polizisten einen verurteilten Polen zum Rückflug -, ist der Aufwand für Aargauer Gerichte gestiegen. KEYSTONE

Gerichtsschreiberstellen bewilligt. Diese sind gemäss Payllier jedoch noch nicht in Anspruch genommen worden, «weil die Zunahme der Fälle bisher geringer ausfiel als prognostiziert».

Die Aargauer Bezirksgerichte haben zwischen dem 1. Oktober 2016 und dem 1. Dezember 2017 total 36 Landesverweisungen nach neuem Recht ausgesprochen. «29 Verfahren, in denen sich die Frage der Landesverweisung stellt, sind per 1. Dezember 2017 noch hängig», sagt Payllier. Das Obergericht hat bislang eine Landesverweisung ausgesprochen, ein weiterer Fall ist hängig. Es seien noch nicht alle Fälle rechtskräftig beurteilt.

Wie oft die Staatsanwaltschaft eine Landesverweisung beantragte, lässt sich der gerichtlichen Statistik nicht entnehmen.

Gemäss Payllier waren es mindestens 65 Fälle: Diejenigen, die von den Bezirksgerichten bereits beurteilt wurden oder noch hängig sind. Die Staatsanwaltschaft könne die Zahlen erst kommunizieren, nachdem diese im Rahmen des Jahresberichts dem Regierungsrat präsentiert worden sind, sagt Sprecherin Fiona Strebel.

### Nationalität wird nicht erfasst

Über die Nationalitäten der ausgeschafften Personen führen die Gerichte keine Statistik. Die Dauer der Landesverweisungen hingegen wird erfasst. Die Aargauer Bezirksgerichte haben 18 Ausländer für fünf bis zehn Jahre aus der Schweiz verwiesen und 16 Personen für 10 bis 15 Jahre. Länger als 15 Jahre wurde niemand des Landes verwiesen, weniger lang als 5 Jah-

re 2 Personen. Das Obergericht hat eine Person für 5 bis 10 Jahre des Landes verwiesen. Die sogenannte Härtefallklausel kam im Aargau bisher nicht zur Anwendung. Sie würde den Gerichten erlauben, von einer Landesverweisung abzusehen, wenn diese beim Verurteilten einen schweren persönlichen Härtefall bewirkt und die «öffentlichen Interessen an der Landesverweisung gegenüber den privaten Interessen des Ausländers am Verbleib in der Schweiz nicht überwiegen».

### Mehr Bewilligungen entzogen

Bis zum 1. Oktober 2016 konnte das Kantonale Migrationsamt Aufenthaltsbewilligungen von Ausländern widerrufen beziehungsweise nicht verlängern und eine Wegweisung aus der Schweiz verfügen. Zwischen 2014 und 2016 hat das Migrationsamt 107 Bewilligungen entzogen. Die meisten Fälle, nämlich 42, gab es im Jahr 2015. Letztes Jahr waren es 31 Fälle.

Dieses Jahr sei 33 Personen gestützt auf das Ausländergesetz die Aufenthaltsbewilligung entzogen worden, sagt Daniel Küttel, Stabsleiter beim Migrationsamt. Dazu komme der Vollzug von 20 gerichtlich angeordneten Landesverweisungen wegen Verstössen gegen das Strafgesetzbuch. «Da mit Rechtskraft einer gerichtlich ausgesprochenen Landesverweisung die Bewilligung automatisch erlischt, resultierten 2017 bis dato total 53 «Bewilligungsentzüge» wegen Straftaten», sagt Küttel.

Diese Zunahme im Vergleich zum Vorjahr lässt sich jedoch nicht mit der Ausschaffungsinitiative erklären. Dazu müsste jede Landesverweisung im Detail analysiert werden, sagt Payllier. «Weil sich die Zahl nur um diejenigen Fälle erhöht hat, bei denen das Migrationsamt nicht auch eine Wegweisung ausgesprochen hätte.»



**Musikerlegende im KSA** «Ich hatte keine Erwartungen, denn ich bin ja absoluter Laie auf diesem Gebiet, aber die Ärzte haben es sehr verständlich erklärt», sagt Pepe Lienhard (links auf dem Bild), nachdem er einen halben Tag im Schlaganfallzentrum des Kantonsspitals Aarau mitgearbeitet hatte. Auf dem Programm standen die ärztliche Visite, Erklärungen im Eingriffsraum der Neuroradiologie sowie im Rapport-

raum der Neurochirurgie, ein Besuch auf der Stroke Unit, wo Patienten nach einem Schlaganfall überwacht werden, sowie eine Einführung im Ultraschall-Labor. Am Ende des Besuchs gab es für Mitarbeitende und Patienten ein Konzert. Pepe Lienhard spielte Querflöte und wurde von der Harfenistin Eliane Koradi begleitet. Das Konzert wurde via Spitalradio in die Zimmer der Patienten des KSA übertragen. FOTO: ZVG

## ♣ Aufgeschnappt

### ♣ Kanton sucht Bürostühle

Wer bei der Arbeit so viel sitzt wie Kantonsangestellte, braucht einen guten Bürostuhl. Das Departement Finanzen und Ressourcen will für die kantonale Verwaltung neue Bürodrehstühle beschaffen. Der entsprechende Auftrag wurde im Amtsblatt ausgeschrieben, inklusive Liste mit Anforderungen an die neuen Stühle. Dass ein bequemer Stuhl gepolstert sein muss (atmungsaktives Material), erstaunt wenig. Aber gewisse Muss-Kriterien rufen Fragen hervor. Etwa danach, wie praktisch veranlagt unsere Beamten sind, wenn die «Einstell- und Bedienungselemente mit Piktogramm gekennzeichnet» sein müssen, und zwar, wie in Klammer angemerkt wird, mit einem «selbst erklärenden». Zudem werden wir in Zukunft die Stellenausschreibungen der Verwaltung genauer lesen. Es könnte nämlich sein, dass dort bei den Anstellungskriterien plötzlich von einem Maximalgewicht die Rede ist. Die neuen Bürostühle müssen laut Ausschreibung bis mindestens 120 Kilo belastbar sein. (NLA)

## AZ AARGAU HEUTE

### Folgt ein 28-Jähriger auf Lelia Hunziker?

SEITE 21

### ■ Staffelbach: Sandsteinmuseum wird Realität

SEITE 23